

Höhere Berufsbildung

Es braucht jetzt eine Gesamtschau

Der höheren Berufsbildung fehlt ein integriertes Förderkonzept. Das heutige unübersichtliche Subventionsgeflecht und der Ruf nach stärkerer staatlicher Unterstützung machen eine strategisch und qualitativ ausgerichtete Gesamtschau nötig. Dies im Spannungsfeld zwischen arbeitsmarktnahen Bildungsangeboten und subventionslegitimierter staatlicher Einflussnahme. *Thomas Daum und Jürg Zellweger*



Bild: zlg/Swissmem

Auch Fachkräfte in Industrie und Gewerbe haben gute Chancen mit einer höheren Berufsbildung.

Die diesjährige Lehrstellenkonferenz in Biel hat Massnahmen zur Stärkung der höheren Berufsbildung beschlossen. Damit wurde die öffentliche Aufmerksamkeit auf ein Ausbildungssegment gelenkt, das wesentlich zur Versorgung des Arbeitsmarkts mit bestens ausgebildeten Fach- und Führungskräften beiträgt. 2009 bestanden 15 000 Personen eine Berufsprüfung oder eine höhere Fachprüfung und erwarben 7000 Absolventen das Diplom einer höheren Fachschule. Sie profitierten von Ausbildungsgängen, die sich durch eine enge Verbindung von Theorie und Praxis, die rasche Umsetzbarkeit der vermittelten Kenntnisse und einen hohen Innovationsrhythmus auszeichnen. Trotzdem ist die höhere Berufsbildung im breiten Publikum kaum bekannt und in der Politik wenig beachtet.

Die Wirtschaft hat ein grosses Interesse an der höheren Berufsbildung. Sie unterstützt deshalb das von der Lehrstellenkonferenz verabschiedete Programm zur besseren strategischen Positionierung der entsprechenden Ausbildungsgänge im

Verhältnis zu den Hochschulen und Fachhochschulen und zur Verbesserung ihres internationalen Ansehens. Bei rund 400 eidgenössischen Prüfungen und 400 Bildungsgängen der höheren Fachschulen wird es allerdings nicht einfach sein, ein System zu entwickeln, das den Wert dieser Abschlüsse und der erworbenen Kompetenzen erfasst und für alle Interessierten eindeutig erkennbar macht.

Die simple Übernahme des akademischen Bologna-Systems ist nicht möglich und auch nicht opportun, weil darin der Praxisbezug als besondere Qualität der höheren Berufsbildung nicht gebührend berücksichtigt würde. Der richtige Ansatz liegt vielmehr bei der Einordnung der höheren Berufsbildung in einen europakompatiblen nationalen Qualifikationsrahmen für alle Ausbildungsgänge und in der Ausstellung von «diploma supplements», welche die mit einem Abschluss erworbenen Kompetenzen erläutern. Die entsprechenden Arbeiten des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie (BBT) verdienen die Unterstützung der Wirtschaft, auch wenn gewisse Akteure der Bildungsszene ihr

«Gärtchen-Denken» überwinden müssen.

Probleme bei der Finanzierung

Noch schwieriger werden die Probleme, wenn es um die Finanzierung geht. Diese erfolgt heute weitgehend durch die Arbeitgeber und die Studierenden, während die öffentliche Hand lediglich ca. 460 Millionen beiträgt. Bundesbeiträge gibt es nur für die Trägerschaften, welche die Berufsprüfungen und die höheren Fachprüfungen durchführen. Die Finanzierung der eigentlichen Ausbildungen (Vorbereitungskurse und höhere Fachschulen) liegt bei den Kantonen. Deren Subventionsbereitschaft gegenüber den Angeboten der einzelnen Branchen differiert sehr stark, wobei Traditionen und bilaterale Absprachen eine erhebliche Rolle spielen. Aber auch Kurse im gleichen Kanton werden unterschiedlich behandelt. Das kann zur finanziellen Benachteiligung von Studierenden führen, die sich nur ausserhalb ihres Wohnsitzkantons höher qualifizieren können. Im Gegensatz zum Hochschulbereich ist die interkantonale Freizügigkeit der Studierenden nur sehr beschränkt gewährleistet; hier soll aber ein neues Konkordat der Kantone für die höheren Fachschulen entscheidende Verbesserungen bringen.

Zielkonflikte sind evident

Angesichts der grossen Unterschiede zwischen den öffentlichen Beiträgen für die Hochschulen und für die höhere Berufsbildung ist der Ruf nach einer stärkeren Subventionierung der höheren Berufsbildung verständlich. Er wird auch durch Art. 61a Abs. 3 BV legitimiert, der eine gleichwertige, gesellschaftliche Anerkennung durch Bund und Kantone fordert. Es wäre allerdings falsch, die beiden Bildungsbereiche gegeneinander auszuspielen und mit einer unbedachten Mittelverlagerung den Hochschulbereich zu schwächen. Gefordert ist vielmehr ein Konzept, das an die strategische Positionierung der höheren Berufsbildung anschliesst und die öffentliche Finanzierung auf das Nebeneinander von staatlichen, privaten, kommerziellen sowie patronal und sozialpartner-schaftlich organisieren Bildungsangeboten abstimmt.

Zu beachten ist, dass die Erfolgscharakteristik der höheren Berufsbildung mit ihrer hohen Flexibilität, ihrer starken Praxis- und Outputorientierung sowie ihrer engen Verbindung zu den Arbeitsmarktrealitäten das Gewicht der öffentlichen Hand in der Finanzierung limitiert. Je mehr die öffentliche Hand bei der Finanzierung ihre subsidiäre Rolle verlässt, desto mehr müsste sie konsequenterweise auch Steuerungsfunktionen wahrnehmen und damit die höhere Berufsbildung einer bürokratischen Verwaltungs- und Schullogik unterstellen.

Dies ist jedoch nicht erwünscht. Der zukunftsgerichtete Blick auf die Qualifikationsbedürfnisse einer Branche und die Anbindung an die betrieblichen Realitäten muss durch Milizgremien der Verbände und Sozialpartner sichergestellt werden. Die vielfältigsten Bildungsbedürfnisse einer äusserst ausdifferenzierten Wirtschaft dürfen nicht durch die Zwänge und Formalismen einer Vollzugsverwaltung geschwächt werden. Nicht unwichtig sind auch relevante Eigenbeiträge der Studierenden und ihrer Arbeitgeber: Sie fördern die Motivation der Studierenden und sorgen für bewusste Entscheidungen und damit eine gezielte Höherqualifizierung. Die Arbeitgeber ihrerseits sind in der Pflicht und erwiesenermassen auch Willens, diese Förderaufgabe wahrzunehmen.

Arbeiten rasch umsetzen

In diesem Sinne verlangt der SAV ein integriertes «Förderkonzept höhere Berufsbildung», das eine starke strategische Positionierung der Ausbildungsgänge mit einer angemessenen Finanzierung unterstützt. Dabei muss das Engagement der öffentlichen Hand subsidiär, zielgenau und transparent sein sowie die Flexibilität der Trägerschaften und die Freizügigkeit der Studierenden gewährleisten. Um zu einem solchen Konzept zu kommen, braucht es zunächst eine Bestandsaufnahme der völlig unübersichtlich gewordenen Subventionsverhältnisse. Gestützt darauf müssen Bund, Kantone und Organisationen der Arbeitswelt ein gemeinsames Problemverständnis entwickeln und den materiellen Rahmen und das

Was höhere Berufsbildung konkret bedeutet

Rund 28 000 Berufsleute machen jährlich einen Abschluss in der höheren Berufsbildung, die sich durch hohen Praxisbezug, Arbeitsmarktnähe und Karrieremöglichkeiten auszeichnet. Zu den populärsten Ausbildungen und Abschlüssen gehören:

- **Berufsprüfungen:** Sie führen zu einem eidg. Fachausweis. Zulassung: eidg. Fähigkeitszeugnis. Beispiele: Ausbilder/in, Polizist/in, Personalfachmann/frau
- **Höhere Fachprüfungen:** Sie führen zu einem eidg. Diplom mit anspruchsvollerem Profil. Zulassung: in der Regel Fähigkeitsausweis. Beispiele: Wirtschaftsprüfer/in, Informatiker/in, Verkaufsleiter/in
- **Höhere Fachschulen:** Sie führen zu einem Diplom mit dem Zusatz HF. Zulassung: eidg. Fähigkeitszeugnis. Fachkräfte und Führungskräfte für Wirtschaft, Technik und Gesundheit

System der Finanzierung bestimmen. Dazu gehört auch eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Grenzen von nachfrageorientierten Finanzierungsformen.

Fazit einer ersten Analyse: Eine optimale Lösung für die Finanzierung der höheren Berufsbildung kann nur mit einer Verlagerung der entsprechenden Kompetenzen von den Kantonen zum Bund gefunden werden. Bundesweit geltende Finanzierungsinstrumente würden vor allem der Tatsache Rechnung tragen, dass ein grosser Teil der Angebote von Absolventen aus mehreren Kantonen oder gar aus der ganzen Schweiz genutzt wird. Da eine solche Kompetenzverlagerung eine Änderung des Berufsbildungsgesetzes verlangt, sollten die Arbeiten für das geforderte «Förderkonzept Höhere Berufsbildung» rasch aufgenommen werden. ■

Thomas Daum ist Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, Jürg Zellweger ist Mitglied der Geschäftsleitung.